



**Landkreis
Rotenburg**
(Wümme) | Der Landrat

Niederschrift

- öffentlicher Teil -

über die
**6. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und
Organisation am 07.12.2022
in Kreishaus, kleiner Sitzungssaal**

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Nico Burfeind
Abg. Thomas Busch
Abg. Wolfgang Harling
Abg. Eike Hendrik Holsten
Abg. Tobias Koch
Abg. Hans-Jürgen Krahn
Abg. Detlef Kück
Abg. Susanne Mrugalla
Abg. Günter Scheunemann
Abg. Hans-Jürgen Schnellrieder
Abg. Bernd Sievert
Abg. Dirk-Frederik Stelling
Abg. Mathias Ullrich

Vertretung für den Abgeordneten Ernst Behrens

Vertretung für den Abgeordneten Robert Abel

Verwaltung

Frau Dr. Silke Fricke (Dez. I)
Herr Jan Enderstein (Amt 10)
Herr Axel Bolz (Amt 20)
Herr Rainer Bruns (Amt 20)
Frau Christina Schultz (Amt 15)
Frau Dr. Emese Stauke (Amt 12)
Herr Oliver Hübner (Personalrat)
Herr Jochen Twiefel (Amt 10)
Frau Monika Trau (Amt 10)

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 5. Sitzung am 02.11.2022
- 4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5 Antrag der CDU/FDP/WFB (BLZG)/FW-Gruppe vom 12.09.2022: Digitale Kreistagssitzungen
Vorlage: 2021-26/0235/1
- 6 SPD-Antrag: Bundesfreiwilligendienstleistende für kreiseigene Schulen
Vorlage: 2021-26/0303
- 7 Antrag der SPD-Fraktion: Förderung der Hebammenarbeit im Landkreis Rotenburg (Wümme)
Vorlage: 2021-26/0304
- 8 Errichtung Regionaler Härtefallfonds und außerplanmäßige Bereitstellung von Geldern
Vorlage: 2021-26/0318
- 9 Mitteilung über Eilentscheidungen gemäß § 89 Abs. 1 Satz 2 NKomVG
Vorlage: 2021-26/0310
- 10 Haushaltsplan 2023; hier: Beratung der Produkte der Teilhaushalte 1 und 9
Vorlage: 2021-26/0309
- 11 Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2023 und Stellenplan 2023
Vorlage: 2021-26/0314
- 12 Anfragen

a) öffentlicher Teil

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vorsitzender Harling eröffnet die Sitzung und begrüßt die Ausschussmitglieder, die Vertreter/innen der Presse sowie die Verwaltung. Die Abgeordneten Abel und Behrens fehlen entschuldigt und werden vertreten.

Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird in der vorgegebenen Reihenfolge festgestellt.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 5. Sitzung am 02.11.2022**

Beschluss:

Die Niederschrift über die 5. Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal- und Organisationsentwicklung am 02.11.2022 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	3

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

Es liegen keine Berichtspunkte vor.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Antrag der CDU/FDP/WFB (BLZG)/FW-Gruppe vom 12.09.2022: Digitale Kreistagssitzungen
Vorlage: 2021-26/0235/1**

Abg. Stelling begründet den Antrag. Es sollen Voraussetzungen geschaffen werden, damit die Sitzungen des Kreistages digital übertragen werden können. Es sei nicht immer einfach für alle Bürger und Bürgerinnen zu den Sitzungen zu erscheinen. Es müssten teilweise große Strecken zurückgelegt werden. Der Kreistag wolle transparent arbeiten, deshalb wäre die Übertragung ein wichtiger Schritt. Der Antrag sei von der Verwaltung gut vorbereitet worden.

Abg. Sievert befürwortet den Vorschlag. Es sei bereits vor einigen Jahren der Versuch unternommen worden, digitale Kreistagssitzungen anzubieten. Aufgrund bestimmter Rahmenbedingungen sei es damals nicht möglich gewesen, diese hätten sich inzwischen geändert. Er berichtet, dass der Landkreis Stade bereits Sitzungen übertragen würde. Die Zahl der Zuschauer/innen würde dabei stark variieren. Man müsse darauf achten, dass der Nutzen den Kostenfaktor nicht überschreite. Er schlage vor, nach den ersten drei Sitzungen zu evaluieren.

Abg. Schnellrieder unterstützt den Antrag. Die Übertragung sei ein Vorhaben, welches ihm seit langem wichtig sei. Der Bevölkerung müsse Zeit gegeben werden, sich mit dem Thema auseinander zu setzen. Der Versuch von Testläufen sei eine gute Sache.

Vorsitzender Harling merkt an, dass noch bestimmte Arbeiten für eine Umsetzung vonnöten seien. Die Hauptsatzung müsse geändert werden und von jedem Mitwirkenden müssten Genehmigungen zur Veröffentlichung eingeholt werden. Er lasse über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

1. Der Kreistag beschließt, zunächst probeweise die Kreistagssitzungen im Juni, September und Dezember 2023 durch einen externen Dienstleister live übertragen zu lassen. Hierfür werden Mittel in Höhe von 6.000 € zur Verfügung gestellt. Die Änderung der Hauptsatzung wird dementsprechend vorbereitet.
2. Die Verwaltung wird gebeten, eine mögliche Anpassung der Hauptsatzung für die Einführung von hybriden Sitzungen zu erarbeiten und diese den Fraktionen zur weiteren Beratung zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 6 der Tagesordnung: **SPD-Antrag: Bundesfreiwilligendienstleistende für kreiseigene Schulen**
Vorlage: 2021-26/0303

Frau Dr. Fricke erklärt, dass der Antrag über den Schulausschuss eingebracht, dort aber zur weiteren Beratung in diesen Ausschuss verwiesen wurde. Die Verwaltung habe zunächst eine Abfrage bei allen kreiseigenen Schulen über einen Bedarf und eine mögliche Umsetzbarkeit durchgeführt. Die Zuständigkeit für die Einstellung von Bundesfreiwilligendienstleistenden liege grundsätzlich beim Land. Der Landkreis könne als sogenannte Dritträgerkonstruktion ebenfalls Bufdis beschäftigen. Der Bedarf werde auch gesehen, es solle mit den drei Förderschulen begonnen werden.

Abg. Koch begrüßt den Vorschlag der Verwaltung. Es sei ein Kompromiss, erstmal mit drei Schulen anzufangen.

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

Im Rahmen eines Pilotprojekts sollen drei Bundesfreiwilligendienstleistende vorzugsweise in den kreiseigenen Förderschulen eingesetzt werden. Dafür werden mit dem Haushalt 2023 folgende Mittel bereitgestellt:

Produkt 22.1.01 Förderschule Bremervörde	10.000 Euro
Produkt 22.1.02 Förderschule Rotenburg	10.000 Euro
Produkt 22.1.03 Förderschule Zeven	10.000 Euro

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 7 der Tagesordnung: **Antrag der SPD-Fraktion: Förderung der Hebammenarbeit im Landkreis Rotenburg (Wümme)**
Vorlage: 2021-26/0304

Vorsitzender Harling teilt mit, dass zu diesem TOP ein weitergehender Antrag der Mehrheitsgruppe eingereicht wurde.

Abg. E. Holsten habe den Antrag der SPD-Fraktion sehr begrüßt. Die Stärkung der Hebammenarbeit sei extrem wichtig, er habe auch Gespräche mit Hebammen dazu geführt. Der Änderungsantrag seiner Fraktion konkretisiere den Ursprungsantrag. Es würden sich alle geforderten Punkte wiederfinden, jetzt mit konkreter Gestaltung der Stelle und auch mit den zu veranschlagenden Kosten. Die Unterstützung der Hebammenarbeit sei keine originäre Aufgabe des Landkreises, dennoch sei es ein Problem, dem man sich annehmen müsse.

Abg. Ulrich merkt an, dass im Fachausschuss ausführlich über das Thema debattiert worden sei. Der jetzige Änderungsantrag müsse erst besprochen werden, da er sehr kurzfristig eingereicht worden sei. Seine Fraktion nehme den Antrag erst einmal zur Kenntnis.

Abg. E. Holsten schlägt vor, die Anträge unter einem Tagesordnungspunkt zusammenzufassen und ohne Beschlussempfehlung an den Kreistag weiterzugeben.

Frau Dr. Fricke geht auf Punkt 2 des Änderungsantrages ein. Dort soll die neue Stelle mit einer Hebamme besetzt werden. Die Verwaltung schlage stattdessen die Besetzung mit z. B. einem/r Gesundheitswissenschaftler/in vor, da es wenige Hebammen gäbe.

Vorsitzender Harling schlägt vor, die Anträge zur Kenntnis zu nehmen und ohne Beschlussfassung dem Kreisausschuss vorzulegen. Diesem Vorschlag wird einstimmig zugestimmt.

Punkt 8 der Tagesordnung: **Errichtung Regionaler Härtefallfonds und außerplanmäßige Bereitstellung von Geldern**
Vorlage: 2021-26/0318

Frau Dr. Fricke teilt mit, dass das Land Niedersachsen plane, sich an der Errichtung von kommunalen Härtefallfonds der Kommunen und Energieversorgern zu einem Drittel an den Kosten zu beteiligen. Hierzu ist landesseitig ein Betrag bis zu 50 Millionen Euro vorgesehen. Der Landkreis Rotenburg (Wümme) beteilige sich mit 1 Mio. Euro an diesem Konzept, welches noch in diesem Haushaltsjahr eingestellt werden solle. Die Deckung könne mit Mehreinnahmen bei den Schlüsselzuweisungen erfolgen. Mit diesen Härtefallfonds sollen Menschen in besonderen Notlagen, die ihre Energiekosten nicht bezahlen können und bei denen soziale Sicherungssysteme nicht greifen, subsidiär eine Unterstützung bekommen. Die vom Land angekündigte Verwaltungsvereinbarung läge noch nicht vor. Zuständig für künftige Anträge werde das Sozialamt sein.

Auf Nachfrage der **Abg. Mrugalla**, ob die hilfebedürftigen Personen selbst einen Antrag beim Landkreis stellen müssten, erwidert **Frau Dr. Fricke**, der Hinweis auf eventuelle Engpässe und entsprechende Anträge auf Erstattung, käme direkt von den Energieversorgern.

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

1. Zur Einrichtung eines Härtefallfonds zur Vermeidung von Energiesperren werden im Produkt 35.1.03 „Besondere soziale Hilfen“ im Teilhaushalt 4 „Soziales“ 1.000.000 € als Transferaufwendungen und -auszahlungen außerplanmäßig bereitgestellt. Die Deckung erfolgt durch höhere Erträge und Einzahlungen aus Schlüsselzuweisungen im Produkt 61.1.01 „Steuern, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen“ im Teilhaushalt 9 „Allgemeine Finanzwirtschaft“.
2. Im Jahr 2023 wird als Änderung des Haushaltsplanentwurfs im Produkt 35.1.03 „Besondere soziale Hilfen“ im Teilhaushalt 4 „Soziales“ 1.000.000 € als Transferaufwendungen und -auszahlungen und 1.000.000 € als Erträge und Einzahlungen aus Kostenerstattungen bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 9 der Tagesordnung: **Mitteilung über Eilentscheidungen gemäß § 89 Abs. 1 Satz 2 NKomVG**
Vorlage: 2021-26/0310

Frau Dr. Fricke teilt mit, dass eine außerplanmäßige Auszahlung im Teilhaushalt 2 (Sicherheit und Ordnung), Produkt 12.6.01 (Abwehrender Brandschutz) für den Austausch von Hardware in der Einsatzleitstelle über 100.000,00 € erfolgt sei. Des Weiteren habe es eine überplanmäßige Auszahlung im Teilhaushalt 4 (Soziales), Produkt 31.3.01 (Leistungen nach dem AsylbLG) für die gestiegenen Sozialleistungen durch die hohe Anzahl von Flüchtlingen, 2.915.000,-00 € gegeben. Der Ausschuss nimmt die Eilentscheidungen zur Kenntnis.

Punkt 10 der Tagesordnung: **Haushaltsplan 2023; hier: Beratung der Produkte der Teilhaushalte 1 und 9**
Vorlage: 2021-26/0309

Die Fragen der Ausschussmitglieder zu den Produkten 11.1.03, 11.1.05 und 41.1.01 hinsichtlich gestiegener Aufwendungen werden von Frau Dr. Stauke, Herrn Bolz und Herrn Bruns beantwortet. Die Unterhaltung der Sporthalle Rotenburg hätte Mehrkosten zur Folge. Im Bereich der IT würden Lizenzgebühren anfallen und weitere Dienste angesiedelt. Die KHG-Umlage und Investitionsförderung Ostemed schlage mit 3 bzw. 4 Mio. Euro zu Buche.

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

Für die weiteren Beratungen zum Haushaltsplan 2023 werden die Planansätze der vorgenannten Produkte mit den in der Sitzung besprochenen Änderungen empfohlen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 11 der Tagesordnung: **Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2023 und Stellenplan 2023**
Vorlage: 2021-26/0314

Frau Dr. Fricke stellt mit Hilfe einer Power-Point-Präsentation die insgesamt 24 Veränderungen des Haushalts nach den Beratungen in den Fachausschüssen vor. Im Ergebnis sei festzustellen, dass das Jahresergebnis mit einem Minus von 7,2 Mio. Euro abschließen werde. Es werde eine Nettokreditaufnahme von 42,3 Mio. vonnöten sein. Bezüglich der Kreisumlage bewerten die Bürgermeister es positiv, dass die Kreisumlage auch in den nächsten Jahren stabil bei 44%-Punkten bleiben solle.

Vorsitzender Harling erklärt, über die Aufnahme in den Stellenplan der halben, neu zu schaffenden Stelle lt. Antrag der SPD zur Hebammenarbeit, könne noch in der Kreistagssitzung entschieden werden.

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

Der Erlass der Haushaltssatzung 2023 mit dem Haushaltsplan 2023 und dem Stellenplan 2023 sowie der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung einschließlich Investitionsprogramm wird unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Änderungen beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 12 der Tagesordnung: **Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

Vorsitzender Harling beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 15.15 Uhr.

gez. Harling
Vorsitzender

gez. Dr. Fricke
Kreisrätin

gez. Trau
Protokollführerin